

Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung
von Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein
mit beschränkter Haftung
Martensdamm 4
24103 Kiel

Kiel, der 13. Mai 2026

Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen
Vergabeverfahren auf Grundlage der KonzVgV: Veräußerung der Spielbank SH GmbH
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein mit beschränkter Haftung („**GVB**“) beabsichtigt, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH zu veräußern. Das Land Schleswig-Holstein hat der Spielbank SH GmbH mit Bescheid vom 31. Oktober 2025 die Konzession für den Betrieb von fünf öffentlichen Spielbanken in Schleswig-Holstein („**Spielbankkonzession**“) gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 3 des Spielbankgesetzes Schleswig-Holstein („**SpielbG SH**“) mit einer Laufzeit von 15 Jahren bis zum 31. Dezember 2040 erteilt. Die Spielbankkonzession wurde nach Ablauf von zehn Kalendertagen ab Veröffentlichung der sog. Ex-Ante-Bekanntmachung hierzu am 20. Oktober 2025 vergaberechtlich unangreifbar (§ 135 Abs. 3 S. 1 Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“)). Die Spielbankkonzession ist als Dienstleistungskonzession im Sinne des § 105 Abs. 1 Nr. 2 des GWB einzuordnen. Vor diesem Hintergrund sowie aus EU-beihilferechtlichen Gründen erfolgt die Veräußerung der Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH in einem transparenten, diskriminierungsfreien, bedingungsfreien und wettbewerblichen EU-weiten Vergabeverfahren. Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Vorgaben der Verordnung über die Vergabe von Konzessionen („**KonzVgV**“) durchgeführt.

Der Zuschlag in dem Vergabeverfahren steht unter dem Vorbehalt, dass das für die Glücksspielaufsicht zuständige Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein („**Innenministerium**“) der Übertragung der Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH zustimmt (vgl. § 13 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 SpielbG SH). Vor Erteilung der Zustimmung hat die zuständige Innenministerin die Einwilligung des Finanzministeriums einzuholen, die auf Grundlage einer haushaltsrechtlichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erteilt wird (§§ 7 Abs. 1 S. 1, 63 Abs. 3 S. 1, 65 Abs. 3 S. 1 der Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein („**LHO SH**“)). Die Veräußerung steht des Weiteren unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Landesregierung („**Kabinettsvorbehalt**“). Der Landtag hat die Landesregierung zudem aufgefordert,

unabhängig von den Vorschriften der LHO SH, vor dem Verkauf der Spielbanken dem Finanzausschuss des Landtags über die ausgehandelten Verkaufsbedingungen unter Wahrung der erforderlichen Vertraulichkeit zu berichten und sie ihm zur Einwilligung vorzulegen (LT-Drs. 20/3828).

1. **VERGABEUNTERLAGEN UND KOMMUNIKATION**

- 1.1 Die Vergabeunterlagen umfassen zum jetzigen Zeitpunkt alle relevanten Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb (1. Verfahrensabschnitt) („**Teilnahmeunterlagen**“). Hierzu zählen diese Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen inklusive Anlagen (1. Verfahrensbrief) sowie ein Teaser, der wesentliche Informationen zu den Spielbanken in Schleswig-Holstein zusammenfasst.
- 1.2 Im Rahmen des 1. Verfahrensabschnitts erfolgt die Auswahl geeigneter Bewerber (zum Ablauf siehe unter Ziffer 3.3). Die Vergabeunterlagen für die nachfolgende Angebotsphase (2. Verfahrensabschnitt) werden im Anschluss den geeigneten Bewerbern, d.h. diejenigen, die die in diesem Verfahrensbrief genannten Mindestanforderungen erfüllen, mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.
- 1.3 Die administrative Abwicklung sowie rechtliche Verfahrensbegleitung erfolgt über die Rechtsanwaltskanzlei Greenberg Traurig Germany, LLP, Budapester Str. 35, 10787 Berlin („**Kontaktstelle**“), die über folgende Kontaktadresse zu erreichen ist:

spielbank-SH-vergabe@gtlaw.com

- 1.4 Alle eingereichten Unterlagen werden den dort für die Verfahrensbegleitung eingesetzten Mitarbeitern zugänglich gemacht. Diese Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bewerbern und ihren Teilnahmeanträgen sowie den späteren Angeboten der Bieter der Geheimhaltungspflicht. Ausgenommen von der Geheimhaltungspflicht der Kontaktstelle ist die Weiterleitung von Informationen an die bei der GVB, der Staatskanzlei sowie dem Finanz- und Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und bei der Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („**Grant Thornton**“) die Verfahrensbegleitung eingesetzten Mitarbeitern, die ihrerseits zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Mit Abgabe eines Teilnahmeantrags erklären sich die Bewerber mit dieser Vorgehensweise zum Schutz ihrer Interessen einverstanden.
- 1.5 Die Kommunikation zwischen der Kontaktstelle und den Bewerbern bei Bewerberfragen und deren Beantwortung wird ausschließlich über die *eVergabeplattform des Deutschen Vergabeportals* (**E-Vergabeplattform** - [[Deutsches Vergabeportal](#) | [DTVP](#) | [E-Vergabe-Plattform](#)]) geführt. Auf anderem Wege übermittelte Bewerberfragen werden nicht berücksichtigt.

Bewerberfragen zu den Teilnahmeunterlagen sind über die E-Vergabeplattform unter Angabe der Dokumentenbezeichnung bis zum

28. Mai 2026, 12:00 Uhr,

zu stellen. Hierbei ist das beigefügte **Formblatt 8: Vorlage für Bewerberfragen** zu verwenden. Sachdienliche Bewerberfragen und Auskünfte der Kontaktstelle werden allen Bewerbern in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt. Das **Verfahren** und die **Kommunikation** werden in

deutscher Sprache geführt. Die Antworten der Kontaktstelle auf Bewerberfragen sind bei der Erarbeitung der Teilnahmeanträge zu beachten. Bewerber, die sich freiwillig auf der E-Vergabeplattform registriert haben, erhalten einen entsprechenden Hinweis auf eingestellte Antworten. Nicht registrierte Interessenten müssen sich die jeweils aktuellen Informationen auf der E-Vergabeplattform selbst beschaffen.

- 1.6 Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung eines Bewerbers Unklarheiten, Widersprüche oder Lücken, so hat er die Kontaktstelle darauf unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen vor Abgabe eines Teilnahmeantrages über die E-Vergabeplattform (in Textform [§ 126b BGB]) hinzuweisen. Die GVB behält sich vor, die Teilnahmeunterlagen im Falle eines solchen Hinweises anzupassen, sofern dies sachdienlich ist.
- 1.7 Die GVB behält sich Änderungen und/oder Ergänzungen der Teilnahmeunterlagen und der weiteren Vergabeunterlagen ausdrücklich vor, wenn und soweit ihr dies nach dem Fortgang des weiteren Verfahrens, insbesondere der Verhandlungen und/oder auf Grund von Hinweisen und Fragen der Bewerber und späteren Bieter, als zweckmäßig oder als geboten erscheint.
- 1.8 Der Bewerber hat sicherzustellen, dass ihn die Informationen der Kontaktstelle über die in der E-Vergabeplattform hinterlegten Kontaktdaten erreichen. Im Falle von Urlaub oder Erkrankung hat der Bewerber die Weiterleitung an eine Vertreterin/einen Vertreter sicherzustellen.
- 1.9 Der Eingang von Nachrichten seitens der Kontaktstelle ist vom Bewerber auf Verlangen der Kontaktstelle jeweils in Textform (§ 126b BGB) über die E-Vergabeplattform zu bestätigen.

2. **ART UND UMFANG DER VERGABE**

2.1 **Auftraggeber**

Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung
von Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein
mit beschränkter Haftung
Martensdamm 4
24103 Kiel

Ausführungsort: Kiel

NUTS-Code: DEF02

2.2 **Allgemeines**

- a) Die GVB ist alleinige Gesellschafterin der Spielbank SH GmbH.

Die Spielbank SH GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Spielbank Schenefeld GmbH („**Spielbank Schenefeld**“), der Spielbank Lübeck GmbH („**Spielbank Lübeck**“), der Spielbank Kiel GmbH („**Spielbank Kiel**“) und der Spielbank Flensburg GmbH („**Spielbank Flensburg**“). Neben diesen vier operativen Beteiligungsgesellschaften der Spielbank SH GmbH besteht eine weitere Beteiligung an der – operativ nicht tätigen – Spielbank Sylt GmbH. Mit

dem Erwerb der Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH werden mittelbar sämtliche genannten Gesellschaften erworben. Wegen der Einzelheiten wird auf die Darstellung auf Seite 13 („Rechtliche Struktur“) des den Bewerbern zur Verfügung gestellten Teasers verwiesen.

- b) Auf der Grundlage der ihr mit Bescheid vom 31. Oktober 2025 erteilten Spielbankkonzession betreibt die Spielbank SH GmbH die Spielbank Schenefeld, die Spielbank Lübeck, die Spielbank Kiel und die Spielbank Flensburg. Für die einzelnen Spielbankstandorte sind der Spielbank SH GmbH für die Standorte der Spielbank Schenefeld, der Spielbank Lübeck, der Spielbank Kiel und der Spielbank Flensburg vom Innenministerium Betriebserlaubnisse gemäß § 3b SpielbG SH erteilt worden. Die Laufzeit dieser Betriebserlaubnisse entspricht der Laufzeit der Spielbankkonzession.
- c) Die Spielbankstandorte sind in § 14 Abs. 1 SpielbankVO (Landesverordnung über die Spielordnung für die öffentlichen Spielbanken vom 19. November 2018, zul. g. d. Art. 1 VO zur Änd. der SpielbankVO vom 29.1.2025 (GVOBl. Schl.-H. Nr. 36)) bestimmt.
- d) Gemäß § 2 Abs. 2 S. 3 SpielbG SH besteht die Pflicht, die Spielbanken an den in § 14 Abs. 1 SpielbankVO bezeichneten Standorten zu betreiben (vgl. § 3 Abs. 5 SpielbG SH). An dem in § 14 Abs. 1 Nr. 5 SpielbankVO bestimmten Standort (Region Bargteheide) wird momentan noch keine Spielbank betrieben. Der vorübergehenden Nichtaufnahme des Spielbetriebs einer Spielbank an diesem Standort stimmte das Innenministerium am 6. Januar 2026 unter der Voraussetzung einer vierteljährlichen Berichterstattung über den aktuellen Stand der Standortentwicklung an das Innenministerium zu. Die Betriebspflicht an diesem Standort wurde durch diesen Bescheid des Innenministeriums ausgesetzt. Die Spielbank SH GmbH prüft seit 2025 potentielle Standorte in der Region Bargteheide. Dieser Prozess ist durch den Erwerber der Spielbank SH GmbH weiterzuführen. Bislang wurden keine verbindlichen Verträge für diesen Standort geschlossen.
- e) Nach erfolgreichem Abschluss der Veräußerung der Spielbank SH GmbH ist von der Spielbank SH GmbH in Umsetzung der Spielbankkonzession eine Betriebserlaubnis für den fünften Standort nach § 3b Abs. 1 S. 1 SpielbG SH einzuholen, über deren Erteilung das Innenministerium entscheidet. Dabei sind weder die Spielbankkonzession noch die Betriebserlaubnisse übertragbar (§ 3c S. 1 SpielbG SH). Eine Überlassung einzelner Betriebserlaubnisse zur Ausübung an Dritte kann allerdings auf Antrag der Konzessionsinhaberin oder des Konzessionsinhabers durch das Innenministerium zugelassen werden, wenn die Überlassung an eine Gesellschaft erfolgt, an deren Kapital- oder Gesellschaftsvermögen die Konzessionsinhaberin oder der Konzessionsinhaber als Alleingesellschafter oder Alleingesellschafterin beteiligt ist (§ 3c S. 4 SpielbG SH).
- f) Im Koalitionsvertrag vom 22. Juni 2022¹ wurde der Verkauf der Spielbank SH GmbH vereinbart. Das vorliegende Vergabeverfahren erfolgt in Umsetzung dieser Vereinbarung. Eine

¹ *Ideen verbinden – Chancen nutzen – Schleswig-Holstein gestalten*, Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages (2022-2027) zwischen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Landesverband Schleswig-Holstein und Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein, Rn. 8130.

entsprechende Ermächtigung wurde formell-gesetzlich in § 20 Abs. 9 des Haushaltsgesetzes 2025 verankert.

2.3 **Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der Spielbank SH GmbH**

Gegenstand der Ausschreibung ist die Veräußerung sämtlicher Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH. Zwar ist die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen durch die öffentliche Hand für sich betrachtet grundsätzlich vergaberechtsfrei. Da der Spielbank SH GmbH jedoch im Vorfeld des Vergabeverfahrens die Spielbankkonzession, eine Dienstleistungskonzession im Sinne des § 105 Abs. 1 Nr. 2 GWB, gewährt wurde, erfolgt die Veräußerung der Geschäftsanteile der Spielbank SH GmbH in einem Vergabeverfahren nach den Vorgaben der KonzVgV. Des Weiteren werden bei der Veräußerung der Geschäftsanteile der Spielbank SH GmbH die Vorgaben des Europäischen Beihilfenrechts zum Verkauf von Vermögenswerten berücksichtigt. Hierfür wird dieses Verfahren wettbewerblich, transparent, diskriminierungsfrei und bedingungsfrei durchgeführt.

2.4 **Betrieb der Spielbanken im Land Schleswig-Holstein**

CPV-Code: 92351200-8 (Dienstleistungen von Spielcasinos)

Als Konzessionsinhaberin ist die Spielbank SH GmbH gemäß § 2 Abs. 2 S. 3 SpielbG SH verpflichtet, fünf Spielbanken an den § 14 Abs. 1 der SpielbankVO festgelegten Standortregionen nach Maßgabe der Vorgaben des SpielbG SH sowie der Spielbankkonzession und der Betriebserlaubnisse zu betreiben, wobei für die Standortregion nach § 14 Abs. 1 Nr. 5 SpielbankVO (Region Bargteheide) eine vorübergehende Aussetzung von der Betriebspflicht vorliegt (vgl. dazu auch oben, Ziff. 2.2 d)-e)). Der Erwerber der Geschäftsanteile der Spielbank SH GmbH hat die ordnungsgemäße Fortführung des Spielbetriebes durch Gesellschaften der Spielbank SH-Gruppe über die 15-jährige Laufzeit der Spielbankkonzession sicherzustellen.

Auf Grundlage von § 17 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 des Schleswig-Holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 („**GlüStV 2021 AG SH**“) kann die Spielbank SH GmbH (als Konzessionsinhaberin) überdies eine von fünf Konzessionen für Online-Casinospiele nach § 22c Abs. 1 S. 1 Nr. 2 GlüStV 2021 erhalten. Diese Konzessionen für Online-Casinospiele werden – unter den materiellen Voraussetzungen des § 17 Abs. 4, 7, 8 GlüStV 2021 AG SH – durch das Innenministerium erteilt (§ 17 Abs. 1 Abs. 2 S. 1 GlüStV 2021 AG SH). Der Inhaber einer Online-Casino Konzession unterliegt dabei keiner Betriebspflicht (§ 17 Abs. 1 Abs. 3 S. 1 GlüStV 2021 AG SH). Der Spielbank SH GmbH wurde bislang keine Online Casino Konzession erteilt. Die Spielbank SH GmbH hat eine solche bislang nicht beantragt und beabsichtigt dies vor Abschluss dieses Veräußerungsverfahrens auch nicht.

Die GVB weist darauf hin, dass sich die Bewerber mit den Vorgaben des GlüStV 2021 AG SH, des SpielbG SH, der SpielbankVO sowie der Landesverordnung über die Höhe der Troncabgabe an den öffentlichen Spielbanken zul. g. d. Art. 1 ÄndVO zur Tronc-VO vom 30.9.2024 (GVObI. Schl.-H. S. 750) („**TroncV SH**“) und den daraus erwachsenden Verpflichtungen vertraut machen müssen.

3. **ALLGEMEINE ANGABEN ZUM VERGABEVERFAHREN**

3.1 **Verfahrensart**

Die Gestaltung dieses Vergabeverfahrens wird gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 KonzVgV an den Vorschriften der VgV zum Ablauf des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb ausgerichtet.

3.2 **Losaufteilung**

Eine Losaufteilung ist nicht vorgesehen. Sämtliche Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH sollen an einen Bieter veräußert werden.

3.3 **Verfahrensablauf**

a) Teilnahmewettbewerb

Der Angebots- und Verhandlungsphase ist ein Teilnahmewettbewerb vorgeschaltet.

Maßgeblich für die Einreichung des Teilnahmeantrags ist die jeweils zuletzt veröffentlichte Fassung der Teilnahmeunterlagen. Interessenten, die sich freiwillig auf der E-Vergabepattform registriert haben, werden über Änderungen an den veröffentlichten Teilnahmeunterlagen informiert. Nicht registrierte Interessenten müssen selbst sicherstellen, dass ihnen die jeweils aktuellen Fassungen der Teilnahmeunterlagen vorliegen.

Hinweis: *Nach Ablauf der unter **Ziffer 4.2** genannten Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge werden sämtliche Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit sowie in Bezug auf das Nichtvorliegen etwaiger Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB als auch ggf. Nachweise von Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 125 GWB geprüft. Sodann prüft die GVB die Eignung der Bewerber anhand der unter **Ziffer 3.3 b)** festgelegten Mindestanforderungen. Die Leistungsfähigkeit einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ist als Ganzes nachzuweisen, d. h. es werden die Nachweise der einzelnen Mitglieder in der Gesamtheit bewertet. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB sowie ggf. der Nachweis von Maßnahmen des Bewerber-/Bietergemeinschaftsmitglieds zur Selbstreinigung nach § 125 GWB werden demgegenüber für jedes einzelne Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft geprüft.*

b) Teilnahmebedingungen – Mindestanforderungen zum Nachweis der Eignung

Der Bewerber hat zum Nachweis seiner Eignung bis zum Ablauf der unter **Ziffer 4.2** genannten Bewerbungsfrist zur Einreichung des Teilnahmeantrags die nachstehend aufgeführten **Nachweise und Erklärungen in deutscher Sprache** vorzulegen. Die Vorlage von Kopien ist zulässig, wobei die GVB sich vorbehält, amtlich beglaubigte Kopien nachzufordern. Ausländische Bewerber haben statt der geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes in Form einer amtlich beglaubigten Übersetzung in die deutsche Sprache vorzulegen. Gleiches gilt

für deutsche Bewerber, soweit sie ausländische Nachweise vorlegen. Soweit nicht anders gefordert, können Erklärungen als Eigenerklärungen abgegeben werden.

Für den Teilnahmewettbewerb stellt die GVB ein **Formblatt 1: Bewerber-Formblatt** zur Verfügung. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bewerberformblattes besteht nicht, die Verwendung wird jedoch angeraten. Der Bewerber hat in jedem Fall sicherzustellen, dass seine Bewerbung bei Nichtverwendung des Bewerberformblattes die nachfolgend beschriebenen Anforderungen erfüllt.

Bewerber und/oder Bewerbungsgemeinschaften haben zum Nachweis ihrer Eignung mit der Bewerbung die geforderten Angaben und Nachweise gemäß den nachfolgenden Ziffern vorzulegen. Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es übernehmen soll.

Beabsichtigt der Bewerber, sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen zu stützen (Eignungsleihe), ist die Verfügbarkeit der erforderlichen Kapazitäten durch eine verpflichtende Zusage dieser Unternehmen nach dem den Teilnahmeunterlagen beigefügten **Formblatt 3: Erklärung des in den Teilnahmeantrag einbezogenen Dritten** zu belegen. Eine Eignungsleihe ist grundsätzlich sowohl im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit als auch auf die technische Leistungsfähigkeit des Bewerbers, mithin für sämtliche unter Ziffer 3.3 b) genannten Eignungskriterien, möglich.

Bewerber können sich nur auf die Leistungsfähigkeit Dritter berufen, wenn sie nachweisen, dass ihnen insoweit die erforderlichen Mittel der Dritten tatsächlich und unbedingt zur Verfügung stehen. In **Formblatt 3: Erklärung des in den Teilnahmeantrag einbezogenen Dritten** ist zum Zweck dieses Nachweises eine Verpflichtungserklärung des Dritten sowie die Angabe der vom Dritten zu erbringenden Leistungen bzw. dem Bewerber zur Verfügung zu stellenden Mittel vorgesehen. Bewerber dürfen den Nachweis, dass ihnen die Kapazitäten des Dritten tatsächlich zur Verfügung stehen, auch mit anderen Beweismitteln erbringen, aus denen sich die unbedingte Unterstützung des Dritten zweifelsfrei ergibt. Insoweit kommt im Fall der Eignungsleihe im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit etwa auch die Vorlage einer unwiderruflichen, harten Patronatserklärung des die Eignung leihenden Unternehmens in Betracht.

Die GVB weist ferner darauf hin, dass die Nichtvorlage von Erklärungen und Nachweisen gemäß den nachfolgenden Ziffern zum Ausschluss führen kann.

Als **Mindestanforderungen** zum Nachweis der Eignung fordert die GVB von den Bewerbern:

aa) Berufliche Leistungsfähigkeit

- (1) Eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB sowie ggf. der Nachweis von Maßnahmen zur Selbstreinigung und zum Zeitraum für Ausschlüsse von der Teilnahme an Vergabeverfahren nach den

§§ 125, 126 GWB (Formblatt 4: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124, 154 Nr. 2 GWB).

- (2) Die Vorlage des Gesellschaftsvertrags bzw. der Satzung des Bewerbers (soweit zutreffend).
- (3) Einen Auszug aus dem deutschen Handelsregister des Bewerbers bzw. der Eintragung in ein vergleichbares ausländisches Register.
- (4) Die Vorlage einer Darstellung des Unternehmens des Bewerbers – oder, wenn es sich bei dem Bewerber um eine Zweckgesellschaft zum Erwerb der Spielbank SH GmbH handelt, der Bewerbergruppe – (max. 4 DIN-A4-Seiten, Arial, 10pt) unter Angabe von Firma, Sitz, Gegenstand, Rechtsform und Geschäftsleitung(en) sowie einer kurzen Beschreibung des Tätigkeitsbereichs (Arbeitsbereiche, Leistungsspektrum). In der Darstellung ist überdies eine im Rahmen der Bewerbung vertretungsberechtigte Person zu benennen. Handelt es sich bei dem Bewerber um eine Zweckgesellschaft zum Erwerb der Spielbank SH GmbH, umfasst die Darstellung eine kurze Beschreibung der Bewerbergruppe.
- (5) Bei Bewerber-/ Bietergemeinschaften und anderen Bewerberkooperationen (Nachunternehmerstruktur): Die Darstellung der Bewerber-/ Bietergemeinschaft und ggf. der Nachunternehmerstruktur in Form eines Organigramms (max. 2 DIN A-4-Seiten, Arial, 10pt).
- (6) Die Vorlage der in **Formblatt 4a („Eigenerklärungen und Nachweise zur glücksspielrechtlichen Zuverlässigkeit“)** genannten Nachweise und Eigenerklärungen für den Bewerber und alle Personen der Geschäftsführung des Bewerbers, Mitglieder der Geschäftsführung eines mit dem Bewerber gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmens (Bewerber und die mit ihm verbundenen Unternehmen zusammen **„Bewerbergruppe“**), alle weiteren vertretungsbefugten Personen oder Personen, die von dem Bewerber in verantwortlicher Position zur Leitung einer Spielbank eingesetzt werden sollen, sowie alle anderen Personen, deren Verhalten einem Unternehmen der Bewerbergruppe zuzurechnen ist, weil die jeweilige Person als für die Leitung des Unternehmens verantwortlich gehandelt hat (dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung).

bb) Wirtschaftliche und Finanzielle Leistungsfähigkeit

- (1) Die Vorlage geprüfter Jahresabschlüsse des Bewerbers für die letzten drei vor dem 1. Januar 2026 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die jeweils ein **Eigenkapital** von mindestens 20 Mio. Euro ausweisen.
- (2) Die Vorlage einer Wirtschaftsauskunft eines unabhängigen Dritten, z. B. Creditreform, für den Bewerber, die mindestens Angaben zu Zahlungserfahrungen, zur Beurteilung der Geschäftsbeziehungen, zur allgemeinen

Kreditbeurteilung, zum Höchstkreditvorschlag sowie zur Bewertung der finanziellen Lage anhand von Rankings bzw. Bonitätsindizes beinhaltet und bei Ablauf der Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen nicht älter als drei Monate ist.

- (3) Eine Eigenerklärung, dass sich der Bewerber für den Fall seiner Zulassung zum Verhandlungsverfahren bereiterklärt, vor Zugang zum Datenraum zur Durchführung einer Due Diligence eine – für den Fall der Zuwiderhandlung mit einer zu hinterlegenden Sicherheit in Höhe von 150.000 EUR besicherte – Verschwiegenheitsvereinbarung (sog. Non-Disclosure-Agreement [**NDA**]) mit der GVB abzuschließen (**Formblatt 5: Eigenerklärung NDA**).
- (4) Eine Eigenerklärung des Bewerbers, mit der er sein Einverständnis zu einer Abfrage von Informationen bei anderen Behörden im In- oder Ausland durch das Innenministerium erklärt, die für eine Zustimmung zur Übertragung der Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH auf den Bewerber gem. § 13 Abs. 4 S. 1 Nr. 2, S. 3 SpielbG SH relevant sind (**Formblatt 6: Einverständnis Unterlagenabfrage**).
- (5) Eine Eigenerklärung, dass der Bewerber bereit ist, im Falle eines Zuschlags an ihn eine im Unternehmenskaufvertrag vorgesehene Sicherheit für den Vollzug der Transaktion in Form einer Bankbürgschaft beizubringen (**Formblatt 7: Eigenerklärung Sicherheiten**).

Für sämtliche Eignungskriterien gilt: Kapazitäten eines anderen Unternehmens, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt (Eignungsleihe), werden mitberücksichtigt.

c) Angebots- und Verhandlungsphase

Die GVB wird alle Bewerber, die die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllen, zur Verhandlungsphase zulassen (die so qualifizierten Bewerber werden dann als **Bieter** bezeichnet).

Die Bieter werden in einem gestuften Verhandlungsverfahren zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Die GVB wird nähere Angaben zu der zeitlichen und inhaltlichen Ausgestaltung der Angebotsphase in einer Aufforderung zur Angebotsabgabe machen.

Die GVB beabsichtigt, allen Bietern vor Abgabe eines Erstangebotes die Möglichkeit zu einer Due Dilligence Prüfung der Spielbank SH GmbH und ihrer Beteiligungen einzuräumen. Der für die Due Diligence Prüfung erforderliche Zugang zum Datenraum wird dabei seitens der GVB nach Unterzeichnung eines über einen Zeitraum von 36 Monaten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 150.000 Euro besicherten NDA gewährt.

Auf Grundlage der Due Diligence Prüfungen und des den Vergabeunterlagen in der Verhandlungsphase beigefügten Unternehmenskaufvertrages (inklusive Anlagen) werden von den Bietern bezuschlagungsfähige Erstangebote abgegeben. Den Bietern wird vor Abgabe der Erstangebote die Möglichkeit eingeräumt, innerhalb einer bestimmten Frist Bieterfragen

über das Vergabeportal einzustellen. Die Beantwortung erfolgt anonymisiert und in gebündelter Form zur Kenntnis aller Bieter.

Die GVB prüft sodann die fristgemäß eingegangenen Erstangebote in formeller und materieller Hinsicht. Anschließend bildet sie nach Maßgabe des **Zuschlagskriteriums**

„Höchster Kaufpreis für die Gesellschaftsanteile an der Spielbank SH GmbH“

eine Rangfolge der Angebote.

Die GVB behält sich vor, den Zuschlag auf das höchste Erstangebot zu erteilen. Die Erstangebote dürfen keine Änderungen an dem vorgegebenen Vertragsentwurf (samt Anlagen) oder zusätzliche Bedingungen enthalten, ansonsten können sie ausgeschlossen werden. Nebenangebote werden nicht akzeptiert.

Wird auf die Erstangebote kein Zuschlag erteilt, beabsichtigt die GVB, den Bietern im Rahmen einer Verhandlungsrunde die Gelegenheit einzuräumen, sog. Issue-Listen einzureichen. Darin sollen die Bieter die aus ihrer Sicht wirtschaftlich und rechtlich klärungsbedürftigen Regelungen des – den Vergabeunterlagen für die Erstangebote beigefügten – Unternehmenskaufvertrages identifizieren, Vorschläge zu deren Änderung unterbreiten und angeben, wie sich eine solche Änderung auf ihren Angebotspreis auswirken würde. Die GVB beabsichtigt, diese „Issue“-Listen in einer Verhandlungsrunde mit den Bietern zu erörtern.

Die GVB wird die Entwürfe des Unternehmenskaufvertrags und seiner Anlagen ggf. anpassen oder bestimmte Vertragsinhalte als unverhandelbar einstufen. Anschließend werden die Bieter aufgefordert, auf Basis des ggf. für alle Bieter gleichermaßen angepassten Vertragsentwurfes (samt Anlagen) ihr finales Angebot (sog. best and final offer, „**BAFO**“) abzugeben. Die Bieter müssen dem BAFO den von der GVB dafür vorgelegten finalen Entwurf des Unternehmenskaufvertrages zugrunde legen, von dem nicht mehr abgewichen werden darf. Für das BAFO dürfen die Bieter preislich nicht hinter ihre Erstangebote zurückfallen. Die Einzelheiten werden in einer Aufforderung zur Abgabe des BAFO geregelt.

Sodann ist beabsichtigt, dass die GVB nach formeller und materieller Prüfung der BAFO für den Bestbieter beim Innenministerium die Zustimmung zu der Übertragung der Geschäftsanteile an der Spielbank SH GmbH gemäß § 13 Abs. 4 SpielbG SH beantragt. Das Innenministerium hat vor Erteilung seiner Zustimmung die Einwilligung des Finanzministeriums einzuholen (§ 65 Abs. 3 S. 2 LHO SH), welches prüft, ob die Veräußerung zum vollen Wert stattfindet (§ 63 Abs. 3 S. 1 LHO SH). Die Veräußerung steht des Weiteren unter Kabinettsvorbehalt. Die Landesregierung ist durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag zudem aufgefordert, dem Finanzausschuss des Landtags vor dem Zuschlag über die ausgehandelten Verkaufsbedingungen unter Wahrung der erforderlichen Vertraulichkeit zu berichten und sie ihm zur Einwilligung vorzulegen (LT-Drs. 20/3828). Nach Erteilung der Zustimmungen durch die Landesregierung, das Innen- und das Finanzministerium sowie der Einwilligung durch den Finanzausschuss des Landtags wird das Informationsschreiben gemäß §§ 154 Nr. 4 i.V.m. 134 Abs. 1 GWB an die nicht berücksichtigten Bieter versendet.

Nach Einholung der für die Veräußerung der Spielbank SH GmbH erforderlichen Einwilligungen und Zustimmungen sowie nach Ablauf der durch den Versand des Informationsschreibens gemäß § 154 Nr. 4 i.V.m. § 134 Abs. 1 GWB in Gang gesetzten gesetzlichen Wartefrist erfolgt die rechtsförmliche Zuschlagserteilung. Einzelheiten, insbesondere zum zeitlichen Ablauf sowie zur Beurkundung des Unternehmenskaufvertrages (vgl. § 15 Abs. 3 GmbHG), werden ebenfalls in der Aufforderung zur Abgabe des BAFO bestimmt.

Hinweis: *Bewerber bzw. Bieter und ihre Bevollmächtigten dürfen bei der Eröffnung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote nicht anwesend sein.*

3.4 **Änderungen des Verfahrens und der Vergabeunterlagen**

Ein Anspruch der Bewerber bzw. Bieter auf die Einhaltung des vorangehend skizzierten Verfahrens wird nicht begründet. Die GVB behält sich Änderungen und/oder Ergänzungen des Vergabeablaufs vielmehr ausdrücklich vor. Die GVB behält sich zudem das Recht vor, die in diesem 1. Verfahrensbrief und den weiteren Vergabeunterlagen vorgesehenen Verfahren und Regelungen zu ändern oder außer Kraft zu setzen.

3.5 **Datenschutzrechtliche Vorgaben**

Die Bewerber erklären mit der Abgabe ihres Teilnahmeantrages und die Bieter mit Abgabe ihres Angebotes (Erstangebot und BAFO), dass sie die Anforderungen und Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung EU 2016/679 („**DSGVO**“), des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) und des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten („**LD SG**“) in der jeweils aktuellen Fassung einhalten. Insbesondere erklären sie, dass sie die erforderlichen Einwilligungen (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO) der betroffenen Personen zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens eingeholt haben und ggfs. ihren entsprechenden Informationspflichten (Art. 13, 14 DSGVO) nachgekommen sind. Diese Erklärung gilt sowohl im Hinblick auf eigene Mitarbeiter der Bewerber / Bieter, als auch im Hinblick auf Mitarbeiter anderer Unternehmen (z.B. Kontaktpersonen bei Eignungsgebern).

4. **TEILNAHMEANTRÄGE**

4.1 **Abgabe über die E-Vergabeplattform**

Alle Teilnahmeanträge sind ausschließlich über die E-Vergabeplattform einzureichen. Eine postalische, telefonische oder eine Abgabe des Teilnahmeantrags per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig. Die ergänzenden Vorgaben zur Nutzung der E-Vergabeplattform sind zu beachten.

Hinweis: Bei technischen Problemen und Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung der E-Vergabeplattform beachten Sie bitte die von dem Anbieter der Plattform zur Verfügung gestellte Supportwebseite: <https://support.cosinex.de/unternehmen/>.

Eine ausführliche Anleitung der E-Vergabe für Bewerber/Bieter finden Sie hier: <https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115008>.

Eine schriftliche Support-Anfrage kann gestellt über die folgende Eingabemaske: <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Supportanfrage/>.

In dringenden Fällen stellen wir eine Hotline für Bieter bzw. Bewerber für Fragen zur Bedienung der Vergabemarktplätze zur Verfügung:

Service-Telefonnummer: 0900-3-243837 (1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen). Die **Servicezeiten** der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr.

4.2 **Abgabe des Teilnahmeantrags und Frist**

Der Teilnahmeantrag ist mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache in **Textform (§ 126b BGB)** bis spätestens

15. Juni 2026, 12:00 Uhr (Ende der Teilnahmefrist)

in den Projektraum der E-Vergabeplattform

[Deutsches Vergabeportal | DTVP | E-Vergabe-Plattform](#)

unter der Rubrik Teilnahmeanträge einzustellen.

Die elektronischen Dokumente sind als PDF-Dateien einzureichen. Andere Dateiformate sind grundsätzlich nicht zugelassen und können in jedem Fall nur bei einer vorher erteilten Zustimmung der Kontaktstelle berücksichtigt werden.

In den Teilnahmeanträgen sind Unternehmensbezeichnungen ausnahmslos vollständig, einschließlich korrekter Rechtsformbezeichnung, so anzugeben, wie sie im Handelsregister oder einem vergleichbaren Register eingetragen sind.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der vorgenannten Teilnahmefrist eingehen, werden ausgeschlossen. Gleiches gilt für Teilnahmeanträge, die in anderer Form, als durch ein Hochladen auf der E-Vergabeplattform, gestellt werden. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist können Teilnahmeanträge zurückgezogen werden. Berichtigungen und Änderungen zu bereits abgegebenen Teilnahmeanträgen können bis zum Ablauf der Teilnahmefrist vorgenommen werden. Sie müssen hierzu rechtzeitig in den Projektraum der E-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal eingestellt werden.

4.3 **Mit dem Teilnahmeantrag sind, soweit zutreffend, die folgenden Formblätter nebst Anlagen einzureichen:**

- **Formblatt 1:** Bewerber-Formblatt/Teilnahmeantrag nebst Anlagen, insbesondere
- Erklärung der Bewerbergemeinschaft, **Formblatt 2** nebst Anlage (*soweit zutreffend*),
- Erklärung des in den Teilnahmeantrag einbezogenen Dritten, **Formblatt 3** nebst Anlagen (*soweit zutreffend*),
- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124, 154 Nr. 2 GWB, **Formblatt 4**,
- Eigenerklärungen und Nachweise zur glücksspielrechtlichen Zuverlässigkeit, **Formblatt 4a** nebst Anlagen,
- Eigenerklärung NDA, **Formblatt 5**,
- **Formblatt 6:** Einverständnis Unterlagen-Abfrage und
- Eigenerklärung Sicherheiten, **Formblatt 7**.

4.4 **Ausschlussgründe**

Teilnahmeanträge, die einer der in dieser Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgestellten Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden. Darüber hinaus führen die Gründe nach § 12 Abs. 1 S. 1 KonzVG i.V.m. § 57 VgV zu einem zwingenden Ausschluss. Solche Gründe liegen insbesondere vor für Teilnahmeanträge,

- die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten,
- die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht zweifelfrei sind oder
- in denen Änderungen an den Teilnahmeunterlagen durch den Bewerber vorgenommen worden sind.

4.5 **Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen**

Die Verfahrensbeteiligten eines Nachprüfungsverfahrens haben grundsätzlich Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen (§ 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB). Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind in den Teilnahmeanträgen daher deutlich zu kennzeichnen, um eine versehentliche Offenlegung durch die Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens zu vermeiden.

4.6 **Wettbewerbsbeschränkende Absprache**

Teilnahmeanträge sowie Angebote von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

4.7 **Bewerber-/Bietergemeinschaft**

Teilnahmeanträge können von Einzelbewerbern und Bewerbergemeinschaften gestellt werden. Bewerbergemeinschaften werden wie Einzelbewerber behandelt. Die Bezeichnung „Bewerber“ in den Teilnahmeunterlagen spricht stets gleichermaßen auch Bewerbergemeinschaften an. Besonderheiten für Bewerbergemeinschaften sind, wo relevant, gesondert gekennzeichnet.

Gibt eine Bewerbergemeinschaft den Teilnahmeantrag ab, ist der Teilnahmeantrag von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu unterzeichnen.

Für die Bewerbergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine entsprechende Erklärung nach Maßgabe des beiliegenden Musters (**Formblatt 2: Erklärung der Bewerbergemeinschaft**) beizufügen. Dieses ist vollständig auszufüllen und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu unterzeichnen.

Mit dem Teilnahmeantrag hat die Bewerbergemeinschaft eine Erläuterung vorzulegen, aus der sich ergibt, dass ihre Bildung kartellrechtlich unbedenklich ist. Entscheidend ist insoweit, ob die Bewerbergemeinschaft in der Erkenntnis gebildet wurde, dass eine selbständige Teilnahme an der Ausschreibung wirtschaftlich nicht zweckmäßig und kaufmännisch nicht vernünftig gewesen wäre.

Eine Bewerbergemeinschaft, die zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, wird dadurch zu einer Bietergemeinschaft. Die Bildung oder Änderung von Bietergemeinschaften nach Aufforderung zur Angebotsabgabe ist grundsätzlich unzulässig.

Die Zusammensetzung von Bewerber-/Bietergemeinschaften muss für die weitere Dauer des Vergabeverfahrens grundsätzlich unverändert bleiben. Angebote sind von der Bietergemeinschaft in derselben Zusammensetzung abzugeben, in der sie sich im Teilnahmewettbewerb als Bewerbergemeinschaft für die Aufforderung zur Angebotsabgabe präqualifiziert hat. Ausnahmsweise ist der spätere Wegfall eines Mitglieds der Bietergemeinschaft zulässig, wenn der beabsichtigte Wegfall eines Mitglieds der Bietergemeinschaft unverzüglich der Kontaktstelle mitgeteilt wird und die GVB ihre schriftliche Zustimmung erteilt. Die Zustimmung wird nur erteilt, wenn trotz der Änderung erkennbar und nachweisbar sichergestellt ist, dass durch den Wegfall von Mitgliedern der Bietergemeinschaft die im Teilnahmewettbewerb nachgewiesene Eignung der Bietergemeinschaft nicht nachteilig verändert wird.

Etwaige Erklärungen Dritter (bspw. Verpflichtungserklärungen Nachunternehmererklärungen) sind – soweit vorgesehen – in Textform (§ 126b BGB) abzugeben.

Zum Zwecke der Zuordnung muss aus den Erklärungen Dritter die/der Erklärende genau bezeichnet bzw. erkennbar sein.

4.8 **Kosten**

Für die Erstellung und das Einreichen des Teilnahmeantrages sowie für sonstige Aufwendungen im Rahmen des Vergabeverfahrens wird keine Kostenerstattung oder Vergütung gewährt. Die Teilnahmeunterlagen sind der Kontaktstelle kostenfrei über die E-Vergabepattform zur Verfügung zu stellen.

Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklärt sich der Bewerber bzw. Bieter mit dieser Regelung einverstanden.

5. **SONSTIGE HINWEISE**

Bitte prüfen Sie die Teilnahmeunterlagen schnellstmöglich nach dem Erhalt auf Vollständigkeit. Sofern die Unterlagen unvollständig sind oder aus Ihrer Sicht Widersprüche oder Unklarheiten enthalten, informieren Sie bitte unverzüglich schriftlich die Kontaktstelle über die E-Vergabepattform. Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrags erklärt der Bewerber, die Teilnahmeunterlagen einer vollständigen Prüfung unterzogen zu haben und über die für eine Entscheidung über die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Informationen zu verfügen.

Die Kontaktstelle meldet der/dem im Land Schleswig Holstein eingerichteten zentralen Informationsstelle/Vergaberegister beim Finanzministerium solche Bieter, die wegen schwerer Verfehlungen von der Teilnahme am Vergabeverfahren zeitlich befristet ausgeschlossen wurden oder bei denen wegen geringfügiger Verfehlungen auf einen Ausschluss verzichtet wurde. Die Kontaktstelle fragt bei der vorgenannten Informationsstelle an, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen im Vergaberegister vorliegen.

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der GVB ist im gesamten Vergabeverfahren in deutscher Sprache zu führen.

Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften und die Richtlinie 2014/23/EU.

Wenn das Vergabeverfahren wider Erwarten aufgehoben wird – z. B. aufgrund einer wesentlichen Änderung der Grundlagen des Vergabeverfahrens (vgl. § 32 KonzVgV) –, sind Entschädigungsansprüche der Bieter ausgeschlossen. Es besteht kein Vertrauensschutz für die Bieter auf Abschluss des Vergabeverfahrens.

Die von den Bewerbern eingereichten Teilnahmeunterlagen verbleiben bei der GVB. Eine Rückgabe an die Bewerber ist ausgeschlossen.

Für die Abgabe des Teilnahmeantrages sind – soweit vorhanden – die den Vergabeunterlagen beigefügten Formulare, Vordrucke bzw. Muster zu verwenden.

Der Bewerber bzw. Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten durch den Bewerber bzw. Bieter an die GVB und die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber bzw. Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die GVB und die Kontaktstelle sowie deren Verarbeitung für Zwecke des

Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die GVB oder die Kontaktstelle erfolgt nicht.

Der Bewerber bzw. Bieter erklärt sich mit Einreichung seines Teilnahmeantrags bzw. Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der GVB und der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die GVB weist darauf hin, dass sie bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externe Dienstleister und Behörden (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, Rechtsberater, betriebswirtschaftliche Berater bzw. Wirtschaftsprüfer, das für die Glücksspielaufsicht zuständige Innenministerium des Landes Schleswig Holstein, ggf. weitere externe Fachberater) einschaltet und gegebenenfalls die an die Kontaktstelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

6. **NACHPRÜFSTELLE/VERGABEKAMMER**

Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen:

Vergabekammer Schleswig-Holstein

beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Düsternbrooker Weg 94, 24105 Kiel

Website schleswig-holstein.de - Vergabekammer

Hinweis: *Die GVB weist auf die Rechtsfolge des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin, wonach ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, wenn die Nachprüfung vom Bieter nicht innerhalb von 15 Tagen nach Zurückweisung einer Rüge durch die GVB beantragt wird.*

Mit freundlichen Grüßen

ANLAGEN: FORMBLÄTTER 1 - 8